Solidarität in Krisenzeiten heißt vulnerable Gruppen stärken

Überlegungen am Beispiel von Menschen afrikanischer Herkunft

Die Corona-Krise zeigt: Weltweit werden Ungleichheiten zurzeit vielfach verstärkt. Dadurch kann letztlich die Erreichung des Nachhaltigen Entwicklungsziels 10 („Ungleichheiten innerhalb und zwischen Staaten verringern“) negativ beeinflusst werden. Und wenn die Erreichung dieses Ziels leidet, könnte sich dies auf die gesamte Zielsetzung der SDG negativ auswirken. Dabei hat das Wort Solidarität aktuell weltweit Konjunktur. Das Problem: Trotz aller positiven Beispiele für Solidarität, die es zurzeit gibt, wird Solidarität oft exklusiv verwendet, beispielsweise national oder bezogen auf die eigene soziale oder ethnische Gruppe. Letzteres zeigt sich etwa am Beispiel der USA, wo sich die afroamerikanische Bevölkerung, eine im Schnitt besonders vulnerable Gruppe mit schlechtem Zugang zum ohnehin schon ungerechten US-amerikanischen Gesundheitssystem, überproportional mit COVID 19 infiziert(e). In Manhattan ist weniger als ein Fünftel der Menschen betroffen, im mehrheitlich von Afroamerikaner*innen bewohnten New Yorker Stadtteil Brooklyn sind es 25 Prozent. Ähnliche Berichte gibt es aus Chicago oder ganzen Bundesstaaten wie Louisiana. Im Land mit der größten afrikanischen Diaspora weltweit, Brasilien, wo ein sich regelmäßig rassistisch äußerndes Staatsoberhaupt regiert, ist die Situation nicht besser. In Europa sorgten die sicherlich bis zu einem gewissen Punkt nachvollziehbaren Sorgen einer ungehinderten Verbreitung des Virus dafür, dass der ohnehin schon restriktive Umgang mit Geflüchteten an Europas Grenzen noch weiter verschärft worden ist. So wurde etwa der Beschluss, dass acht EU-Staaten 1600 kranke oder unbegleitete Kinder und Jugendliche aus Griechenland aufnehmen, zurückgenommen. Nur noch ein Bruchteil wurde stattdessen bisher aufgenommen. Da auch schon vor der Corona-Krise Geflüchtete aus Afrika mit wenigen Ausnahmen kaum eine offizielle Bleibeperspektive in der EU hatten, sind diese nun in den nach wie vor überfüllten Lagern – im konkreten Fall auf den griechischen Inseln (zusammen mit Geflüchteten aus anderen Gebieten) schutzlos einer etwaigen Verbreitung des Virus vor Ort ausgeliefert.

Aber auch jenseits der westlichen Welt sind Menschen afrikanischer Herkunft als überdurchschnittlich vulnerable Gruppe oft Opfer von rassistischer Diskriminierung, die durch die aktuelle Krise zunimmt. Schlagzeilen machte hier auch und gerade China: Da wurden vor allem in der Wirtschaftsmetropole Guangzhou Menschen afrikanischer Herkunft – Afrikaner*innen oder Diasporaangehörige – besonders Opfer von Diskriminierungen, als sich Angst vor einer zweiten Corona-Welle im April 2020 ausbreitete. Konkret gab es Zwangstests auf das Virus, Zwangsquarantäne oder Zugangsbehinderungen zur eigenen Wohnung, zum Arbeitsplatz sowie zu öffentlichen Orten wie Hotels und Gastronomiebetrieben. Diese in sich sehr heterogene Gruppe, in der Geschäftsleute vor Studierenden den größten Teil ausmachen, wurde also vor Ort zum Sündenbock für das Wiederansteigen der Infektionszahlen gemacht. Trotz einiger Neuinfektionen unter den Menschen afrikanischer Herkunft ist der erneute Anstieg auf eine Verbreitung durch Angehörige der chinesischen Mehrheitsbevölkerung zurückzuführen. 90 Prozent der nach China einreisenden Infizierten waren Chines*innen. Der Zusammenhang zwischen Vulnerabilität und Diskriminierung wurde bei den ganzen Vorgängen besonders deutlich: In vielen Fällen – etwa bei Studierenden – konnte dem Wunsch des jeweiligen Individuums, sich vor dem ausbreitenden Virus in China durch Heimholung zu schützen, seitens der Regierung des jeweiligen afrikanischen Staats nicht entsprochen werden. Ugandas Präsident Museveni gar meinte, dass seine

Landsleute in China „sicherer“ seien, was sich wie oben beschrieben vielfach als falsch erwiesen hat. Die USA, dessen Staatsoberhaupt sich selbst bereits öfters rassistisch geäußert hat und wo zuletzt nur wenige Wochen vor dem weltweiten Shut Down wieder einmal ein Afroamerikaner willkürlich erschossen worden war, veranlassten die Ereignisse in Guangzhou gar dazu, ihren afroamerikanischen Bürger*innen von einer Reise nach China abzuraten.

Nach Protesten – auch durch die Afrikanische Union (AU) – bedauerte Chinas Führung immerhin die Vorfälle und zwang auch die lokalen Autoritäten restriktive und diskriminierende Maßnahmen, die Menschen afrikanischer Herkunft unter Generalverdacht stellen, zurückzunehmen. Die Absicht, die afrikanischen „Brüder“ – so die verwendete Bezeichnung – in China schützen zu wollen, soll gar nicht völlig in Abrede gestellt werden. Aber: Wie bei allen Industrienationen ist auch Chinas Wachstum von Afrikas Ressourcen in erheblichem Maß abhängig. Eine allzu große Verstimmung unter afrikanischen Eliten will man daher scheinbar nicht riskieren. Aber jenseits von rein ökonomischem Pragmatismus ist eine umfassende Solidarität auch – eigentlich selbstredend – aus gesamtglobalem Interesse nötig. Es ist kurzsichtig, zu meinen, dass exklusive Solidarität und das Sich-Einigeln gegen (vermeintlich) äußere Bedrohungen langfristig wirksam sein können – so sehr das kurzfristig zumindest nachvollziehbar ist. Bezogen auf konkret aufgeführte Beispiele bedeutet dies innergesellschaftlich: Wenn ich Populationen marginalisierter Gruppen innerhalb der Gesellschaft nicht in die Lage versetze, auf Herausforderungen und Krisen zu reagieren und resilienter zu werden, dann ist auch der paradoxerweise auf dieser Ungleichheit beruhende eigene Vorteil – historisch gesehen – nur eine Momentaufnahme und langfristig nicht gesichert. Zwischengesellschaftlich verhält sich das ähnlich: Wenn Solidarität und Empathie gegenüber vulnerablen Gruppen außerhalb der eigenen Gesellschaft angesichts aktueller Herausforderungen und Krisen schrumpfen, steigt die Verwundbarkeit solcher Gruppen weiter. Nur weil ich sie konsequenter als zuvor ausschließe und nicht sehe, verschwinden sie nicht. Da aber Menschen Menschen noch nie in der Geschichte auf ewig ausschließen oder fernhalten konnten, werden die Probleme der anderen on the long run zu meinen eigenen Problemen. Letzteres zu leugnen, heißt: bewusst in der oben beschriebenen Momentaufnahme mit all ihren aktuellen und künftigen negativen Implikationen leben zu wollen, weil man selbst gerade Nutznießer*in ist.

Zum Schluss: Warum liegt der Fokus vorliegenden Beitrags auf dem Umgang mit Menschen afrikanischer Herkunft? Ist das in diesen Zeiten nicht viel zu gruppenspezifisch und angesichts der allgemein bedrohlichen Situation ungerechtfertigt? Werden nicht auch andere Gruppen ausgeschlossen, diskriminiert etc.? Ja. Stimmt. Dennoch handelt es sich bei dieser Gruppe um eine im globalen Kontext überproportional benachteiligte Gruppe. Nicht von ungefähr wurde daher auch die Internationale Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft ausgerufen. Sie läuft noch bis 2024. Und der Umgang mit der Fokusgruppe ist sicherlich auch ein Gradmesser für den Umgang mit anderen marginalisierten Gruppen. Wenn wir den Spruch ernstnehmen, dass sich eine Gesellschaft an ihrem Umgang mit den Schwächsten messen lassen muss, dann befindet sich die (etwas utopisch formulierte) Weltgesellschaft zurzeit so sichtbar auf dem Prüfstand wie kaum zuvor.

Serge Palasie, Fachpromotor Flucht, Migration und Entwicklung, Mai 2020 | Internet: www.eine-welt-netz-nrw.de (verfasst als Vorüberlegung zur online-Demo von #nwortstoppen – Rassismus in Zeiten von Corona am 23. Mai 2020). Trailer zur Weltdekade für Menschen afrikanischer Herkunft unter: https://www.youtube.com/watch?v=UvNRLgbIDiA